

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 22/2001
Viola Neu

POLITIKKOMPASS

Die Macht der Unentschlossenen

- **Das politische Klima**
- **Rot-grüne Koalition im Abwind**
- **Vertrauen in den Euro sinkt seit 1999**

Sankt Augustin, Mai 2001

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel
Leiter der Hauptabteilung
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“
Telefon: 0 22 41/246-630
E-Mail: stephan.eisel@kas.de

Viola Neu
Leiterin des Teams „Politische Kommunikation,
Parteien- und Meinungsforschung“
Telefon: 0 22 41/246-249
E-Mail: viola.neu@kas.de

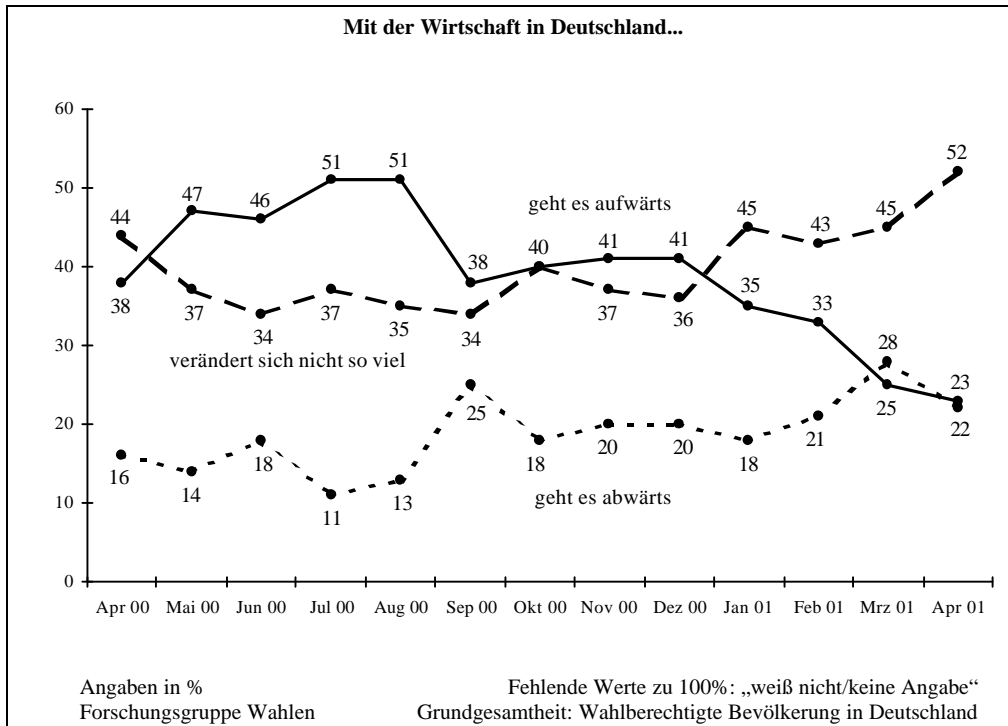
Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Das politische Klima¹

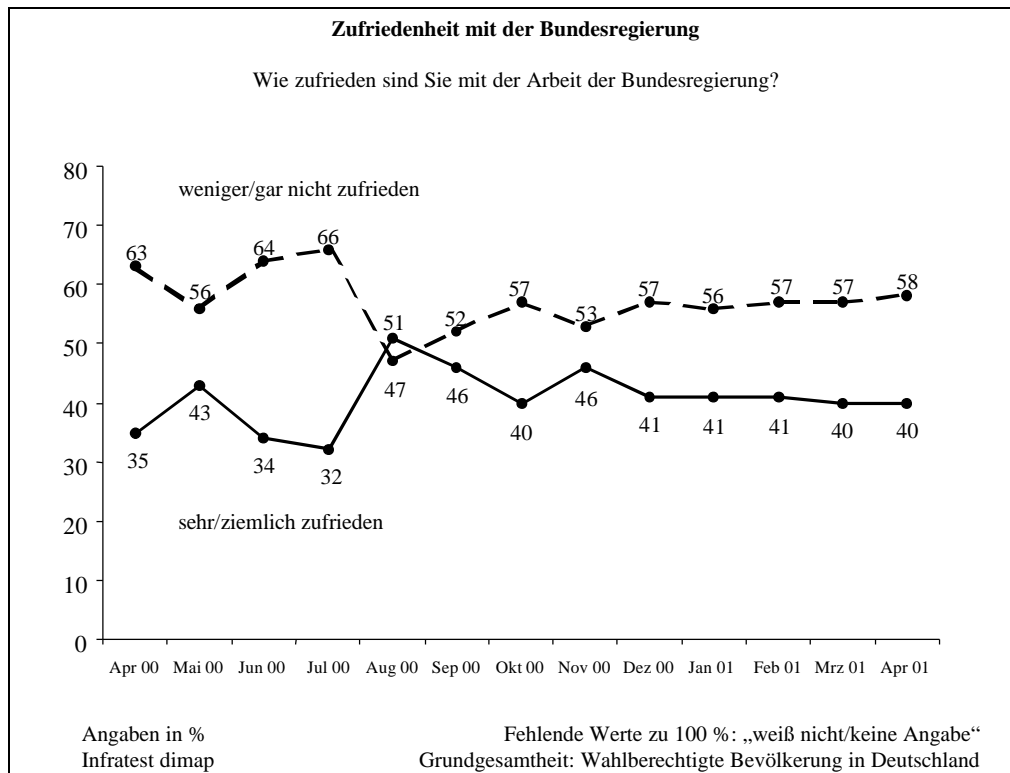
Die wesentlichen Faktoren des Meinungsklimas weisen seit Beginn des Jahres nur geringfügige Veränderungen auf. Nach wie vor ist die politische Grundstimmung von Skepsis geprägt. Für mehr als die Hälfte der Bundesbürger (53 %) besteht eher Anlass zur Beunruhigung als zur Zuversicht (41 %). Dieses Klima ist seit dem Jahreswechsel stabil. Allerdings ist das Niveau der Beunruhigung im Vergleich zu den Vorjahren eher niedrig. So lag der Anteil derjenigen, die eher Anlass zur Beunruhigung sahen 1997 bei 76 Prozent und auch in den Jahren von 1998 bis 2000 zeigten sich über 60 Prozent beunruhigt. Somit ist das Niveau derzeit eher niedrig.

Auch die Einschätzung der wirtschaftliche Lage ist relativ konstant. Eine knappe Mehrheit (April 52 %) ist eher zufrieden, 47 Prozent sind eher Unzufrieden. Dieses Meinungsklima ist - von kurzfristigen Ausreißern einmal abgesehen - etwa seit Anfang 2000 stabil. Damit ist der weit verbreiteten Unzufriedenheit des Jahres 1999 (etwa zwei Drittel der Deutschen zeigten damals wirtschaftlichen Pessimismus) eine langandauernde Phase relativer ökonomischer Zufriedenheit gefolgt (Infratest dimap). Zieht man allerdings noch einen weiteren Faktor der ökonomischen Beurteilung hinzu, zeigt sich, dass im langfristigen Trend die negativen Erwartungen zunehmen. Dass es mit der Wirtschaft in Deutschland aufwärts geht, glaubt nur noch etwa ein Viertel der Deutschen. Im letzten Jahr war noch die Hälfte der Befragten von einem wirtschaftlichen Aufschwung überzeugt. Pessimismus hat sich zwar noch nicht breit gemacht, aber der Glaube an eine Stagnation dominiert mittlerweile das Meinungsklima. Diejenigen, die glauben, dass sich nichts verändern wird, stellen im April die Mehrheit der Bundesbürger (52 %) (Forschungsgruppe Wahlen). Generell beeinträchtigen negative wirtschaftliche Erwartungen das Ansehen von Regierungen. Dies ist zwar noch nicht eingetroffen, kann aber, gesetzt den Fall, dass sich dieser Trend verfestigt, als Folge eintreten.

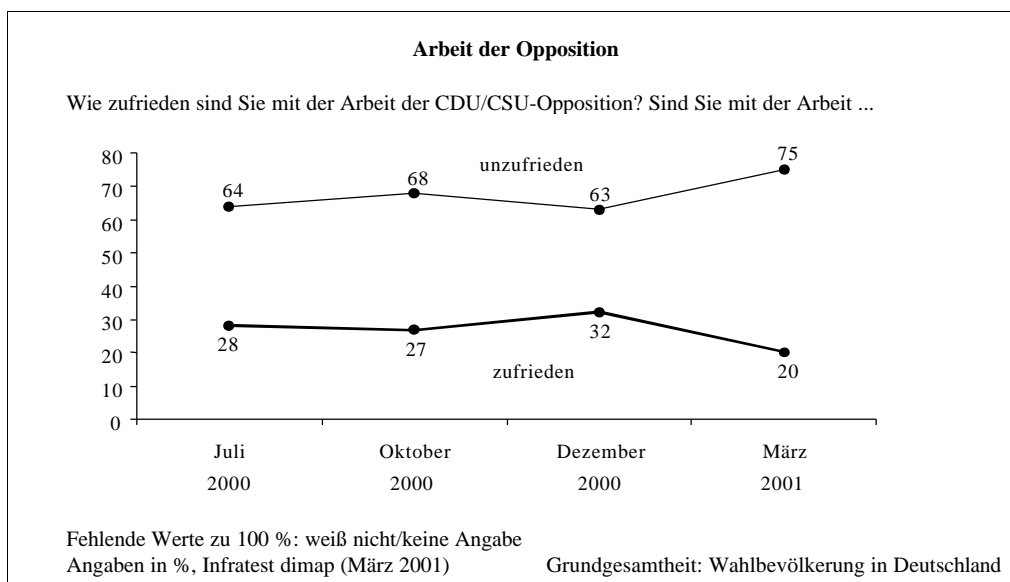
¹ Dieser Auswertung liegen folgende Umfragen zugrunde: Infratest dimap, Deutschland Trend März und April 2001; Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer März und April 2001; Emnid, ntv vom 24. März 2001 und vom 14. April, Institut für Demoskopie Allensbach, in FAZ vom 14. März 2001 und vom 18. April 2001, Allensbacher Berichte, Nr. 7/2001: Das Vertrauen in den EURO sinkt



Unverändert ist die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung. Eine Mehrheit von 57 Prozent (März 2001) bewertet die Bundesregierung skeptisch, 40 Prozent äußern sich positiv über die Leistungen der Bundesregierung. Auch hier handelt es sich um einen ausgesprochen stabilen Trend, der etwa im Herbst letzten Jahres einsetzte.



Wie auch schon im letzten Jahr, ist es der Union nicht gelungen, von der Unzufriedenheit mit der Bundesregierung zu profitieren. Die Oppositionsarbeit der Union wird allerdings im März noch schlechter bewertet als im Vorjahr. Der Anteil der unzufriedenen stieg um 12 Punkte und liegt bei 75 Prozent. Der Anteil der lobenden Einschätzungen ist auf 20 Prozent gesunken. Hier ist ein Blick auf die Parteianhängerschaften interessant. Die Union hat vor allem in den eigenen Reihen an Unterstützung verloren. 2000 äußerte sich noch eine Mehrheit der Anhänger der Union zufrieden mit den Leistungen der Opposition, im März sind nur noch 41 Prozent mit der Arbeit der CDU/CSU-Opposition zufrieden. 58 Prozent der eigenen Anhängerschaft äußert sich kritisch.



Doch nicht nur in der eigenen Anhängerschaft stößt die Oppositionsarbeit auf wenig Resonanz. Auch in den Wählerpotentialen, die derzeit noch keine festgefügte Meinung haben, ist die Akzeptanz der Union zurückgegangen. Von den derzeitigen Nichtwählern stößt die Union bei 84 Prozent und bei den momentan Unentschlossenen bei 68 Prozent auf Kritik.

Entsprechend dem stabilen Gesamtmeinungsklima zeigen sich auch bei den Wahlabsichten nur geringfügige Veränderungen.

Entwicklung der Wähleranteile im April - Bundesgebiet insgesamt -				
	Infratest dimap	Forschungsgruppe Wahlen	Institut für Demoskopie Allensbach	Emnid
CDU/CSU	36 (+1)	38 (+1)	32,9 (+0,5)	36 (+/-0)
SPD	39 (-1)	41 (-1)	39,2 (-0,1)	40 (+/-0)
Bündnis 90/Die Grünen	7 (-1)	6 (+/-0)	7,7 (+0,2)	6 (-1)
FDP	8 (+/-0)	6 (+/-0)	10,2 (+0,2)	7 (+/-0)
PDS	5 (+/-0)	5 (+/-0)	5,7 (-0,5)	5 (+/-0)
REP (bzw. Rechte)			1,8 (-0,5)	4 (+/-0)
Sonstige	5 (+1)	4 (+/-0)	2,5 (+0,2)	2 (+/-0)

Angaben in % der Wähler; Angaben in Klammern: vgl. Vormonat
Infratest dimap (29. März – 3. April 2001)
Forschungsgruppe Wahlen (2. April – 5. April 2001)
Institut für Demoskopie Allensbach (27. März – 10. April)
Emnid (n-tv vom 14. April 2001)

Rot-grüne Koalition im Abwind

Trotz des allgemein günstigen Klimas für die Regierung, zeichnet sich auch eine nachlassende Unterstützung für die rot-grüne Koalition ab. Unmittelbar im Vorfeld der Bundestagswahl war die Mehrheit der Deutschen (53 %) davon überzeugt, dass eine Koalition von SPD und Grünen gut für Deutschland sei. Dieser Glaube ist nachhaltig erschüttert. Im April 2001 sind stimmen nur noch 38 Prozent der Wahlberechtigten dieser Aussage zu (-15 Punkte). Interessant ist, dass der Rückgang nicht in erster Linie in den Anhängerschaften von SPD und Grünen erfolgte. Bei den Grünen-Anhängern ist der Glaube an die rot-grüne Koalition ungebrochen. 1998 sprachen sich 96 Prozent dafür aus, 2001 92 Prozent. Eine kleine Ernüchterung ist bei den Anhängern der SPD eingetreten. Hier sank der Anteil der Befürworter von 79 Prozent 1998 auf 66 Prozent 2001 (-13 Punkte). Besonders stark ist der Rückgang an Vertrauen in die rot-grüne Koalition bei den derzeit Unentschlossenen Wählern. 1998 erhielt eine SPD-Grünen-Koalition von 48 Prozent der Unentschlossenen positive Beurteilungen. 2001 sank die Zustimmung auf 28 Prozent (-20 Punkte). Auch in der Anhängerschaft der PDS hat sich gegenüber der rot-grünen Regierung eine deutliche Ernüchterung breit gemacht. Hier sank die Zustimmung von 78 Prozent um 40 Punkte auf 38 Prozent.

Präferierte Koalition

Ich nenne Ihnen jetzt einige denkbare Zusammensetzungen der künftigen Bundesregierung. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Zusammensetzung für Deutschland Ihrer Meinung nach sehr gut, gut, weniger gut oder schlecht wäre.*

	September 1998	April 2001	Differenz
SPD und Grüne	53	38	-15
CDU/CSU und SPD	45	39	-6
CDU/CSU und FDP	45	44	-1
SPD und FDP	26	38	+12
SPD, FDP und Grüne	27	-	-27
SPD, Grüne und PDS	19	16	-3

*Deutschland, September 1998 und April 2001 im Vergleich

Angaben jeweils sehr gut/gut in %,

Infratest dimap (Sept. 1998, April 2001)

Grundgesamtheit: Wahlbevölkerung in Deutschland

Positiv wird derzeit die bürgerliche Koalition bewertet. Zwar konnte die bürgerliche Koalition im Vergleich zu 1998 nicht hinzugewinnen, liegt aber derzeit auf Platz 1 der Koalitionsoptionen. Damit konnte die bürgerliche Koalitionsoption ihre Position festigen.

Zusammensetzung der künftigen Bundesregierung

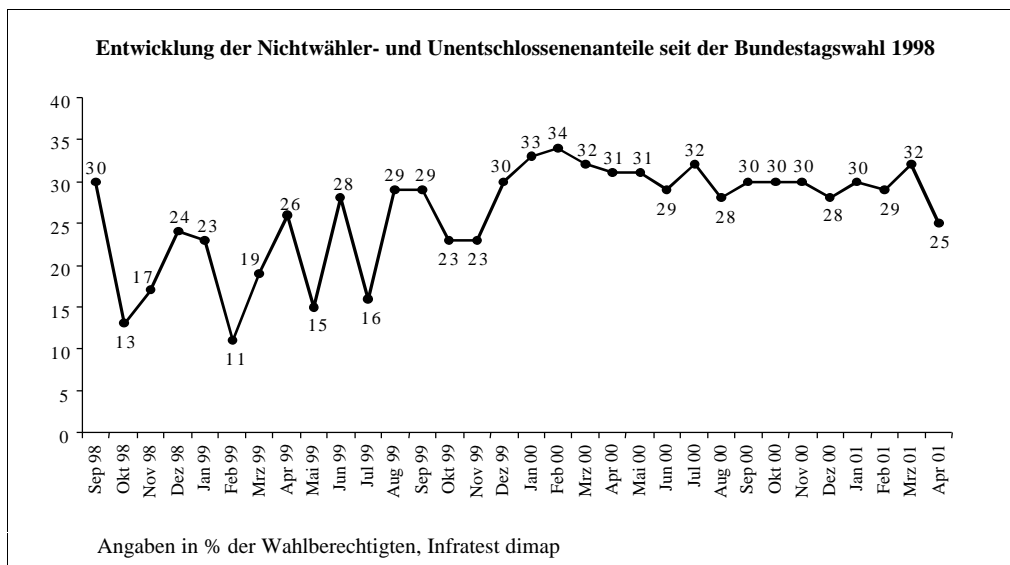
Ich nenne Ihnen jetzt einige denkbare Zusammensetzungen der künftigen Bundesregierung nach der Bundestagswahl im nächsten Jahr. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Zusammensetzung für Deutschland Ihrer Meinung nach sehr gut, gut, weniger gut oder schlecht wäre.

	Parteipräferenz									
	Gesamt	SPD	CDU/ CSU	B'90/ Grüne	FDP	PDS	Son- stige	nicht/ ungültig wählen	weiß noch nicht	keine Angabe
SPD und Grüne										
sehr gut/gut	38	66	10	92	15	38	29	30	28	30
weniger gut/schlecht	60	34	87	7	83	60	71	68	62	55
weiß nicht/keine Angabe	2	-	3	1	2	2	-	2	10	15
SPD und FDP										
sehr gut/gut	38	54	28	18	53	37	34	35	33	26
weniger gut/schlecht	58	45	70	81	41	59	66	59	55	57
weiß nicht/keine Angabe	4	1	2	1	6	4	-	6	12	17
SPD, Grüne und PDS										
sehr gut/gut	16	23	4	39	2	70	22	15	9	11
weniger gut/schlecht	81	76	94	61	98	27	78	80	81	77
weiß nicht/keine Angabe	3	1	2	-	-	3	-	5	10	12
CDU/CSU und SPD										
sehr gut/gut	39	34	48	14	34	37	56	44	44	36
weniger gut/schlecht	57	63	49	84	66	60	44	52	45	49
weiß nicht/keine Angabe	4	3	3	2	-	3	-	4	11	15
CDU/CSU und FDP										
sehr gut/gut	44	17	81	7	71	15	52	37	40	47
weniger gut/schlecht	52	80	17	92	29	83	48	60	47	38
weiß nicht/keine Angabe	4	3	2	1	-	2	-	3	13	15
Angaben in %, Infratest dimap (April 2001)					Grundgesamtheit: Wahlbevölkerung in Deutschland					

Die Macht der Unentschlossenen

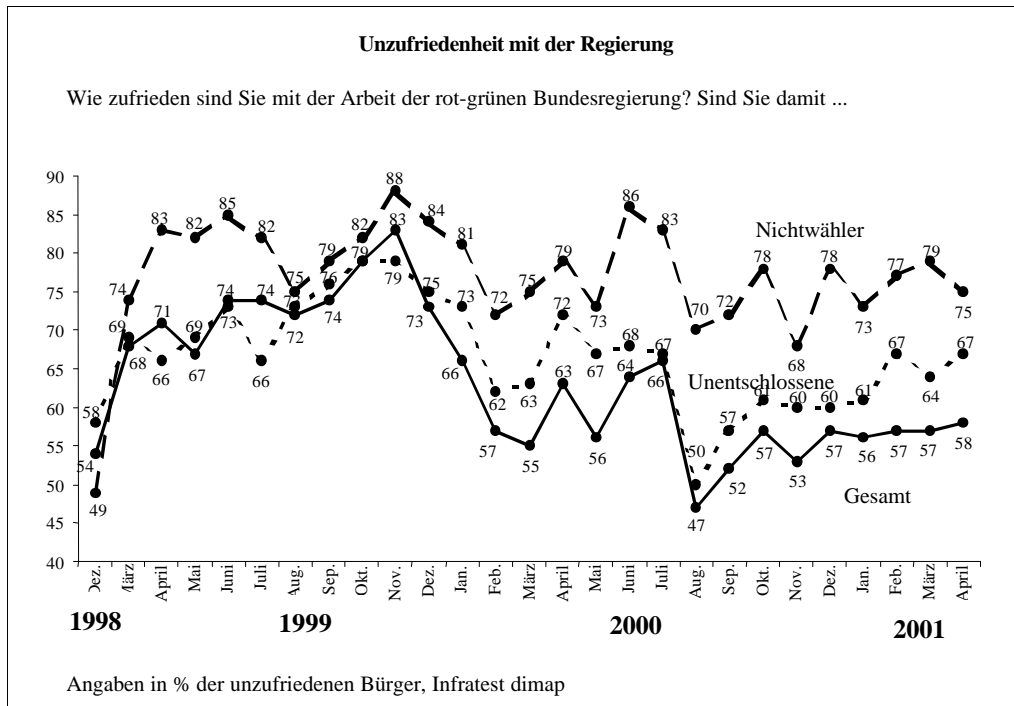
Für das Abschneiden bei Wahlen ist es von großer Bedeutung, nicht nur die eigene Stammwählerschaft zu mobilisieren. Wahlen werden zunehmend durch die Stimmabgabe von Wechselwählern bzw. Unentschlossenen gewonnen. Der Einfluss der Nichtwähler auf das Abschneiden der Parteien bei Wahlen ist eher gering. Nur bei wenigen Ausnahmen haben die Nichtwähler einen Einfluss auf das Wahlergebnis gehabt (z.B. beim Abschneiden der DVU in Sachsen-Anhalt, wo sie überdurchschnittlich stark Nichtwähler mobilisieren konnte). Für Wahlerfolge von Parteien ist es daher entscheidend, über die eigene Anhängerschaft hinaus zu mobilisieren und auch Unentschlossene zur Stimmabgabe zu motivieren. Daher soll die Entwicklung der Unentschlossenen hier einmal gesondert betrachtet werden. Der Anteil derjenigen, die entweder derzeit nicht bereit sind, zur Wahl zu gehen oder nicht wissen, wen sie

wählen würden, schwankt zwischen einem Drittel und einem Viertel aller Wahlberechtigten. Somit ist diese Gruppe häufig größer als die Anhängerschaft der SPD oder der CDU.²



Die Unentschlossenen und Nichtwähler unterscheiden sich sozialstrukturell kaum von der Bevölkerung, in den Einstellungen aber deutlich. Sozialstrukturell sind bei Frauen, Personen mit niedrigem Bildungsniveau und Arbeiter leicht überrepräsentiert. Zudem ist in den neuen Ländern die Quote etwas höher als in den alten Ländern. Diese Charakteristika sind jedoch im eher gering. Das heißt, dass die Nichtwähler und Unentschlossenen aus der Mitte der Gesellschaft kommen und sie sozialstrukturell nicht am Rande der Gesellschaft stehen.

² Umgerechnet betrug im März, bei einem Unentschlossenen Anteil von 32 Prozent der Anteil der SPD 28,8 Prozent der Wahlberechtigten, der Anteil der CDU 23,3 Prozent der Wahlberechtigten.



Signifikant sind die Unterschiede jedoch auf der Einstellungsebene. Hier sind sie in allen Bereichen häufiger verdrossen und pessimistisch. An den hier ausgewählten Beispielen lässt sich dies demonstrieren. Sowohl in der allgemeinen als auch der wirtschaftlichen Zufriedenheit ist die Skepsis wesentlich größer als in der Bevölkerung. Dies spiegelt sich auch in der Zufriedenheit mit der Regierung und der Opposition wider. Vor allem die Nichtwähler sind sowohl mit den Leistungen der Bundesregierung als auch der Opposition überdurchschnittlich unzufrieden. Bei den Unentschlossenen Wählern ist allerdings die Kritik an der CDU/CSU-Opposition etwas unterdurchschnittlich. Wobei jeweils zwei Drittel mit Regierung und Opposition unzufrieden sind. Aber auch bei der Frage, ob eine Unions-geführte Bundesregierung in der Lage wäre, die anstehenden Probleme besser zu lösen, ist die Ablehnung bei den Unentschlossenen nur unterdurchschnittlich.

Mit der Ausnahme der Zufriedenheitsdimension unterscheiden sich die Unentschlossenen und Nichtwähler jedoch nicht vom Durchschnitt der Bevölkerung. Bei allen Fragen, ob Ausstieg aus der Kernenergie, Verbleib von Umweltminister Trittin oder der Debatte um die Vergangenheit von Joschka Fischer – um nur einige Beispiele zu nennen – gibt es keine Signifikanzen. Ein Indikator dafür, dass diese Gruppe von allen Parteien und insbesondere von den beiden Volksparteien nach wie vor angesprochen und mobilisiert werden kann, ist die Frage nach

der Koalitionspräferenz. Tendenziell werden Koalitionen mit einem linken „Übergewicht“ stärker abgelehnt als Koalitionen mit der FDP und der CDU. Die größte Zustimmung erfährt die große Koalition, gefolgt von der bürgerlichen Koalition. Am stärksten wird eine Koalition unter Einschluss der PDS und der Grünen, aber auch die derzeitige rot-grüne-Koalition abgelehnt. Versucht man eine vorsichtige politische Bewertung dieser Gruppe, ergeben sich geringe Vorteile für die Union, die allerdings auf einem noch recht schwachen Fundament stehen, da die gegenwärtige Leistung der Opposition kritisch bewertet wird.

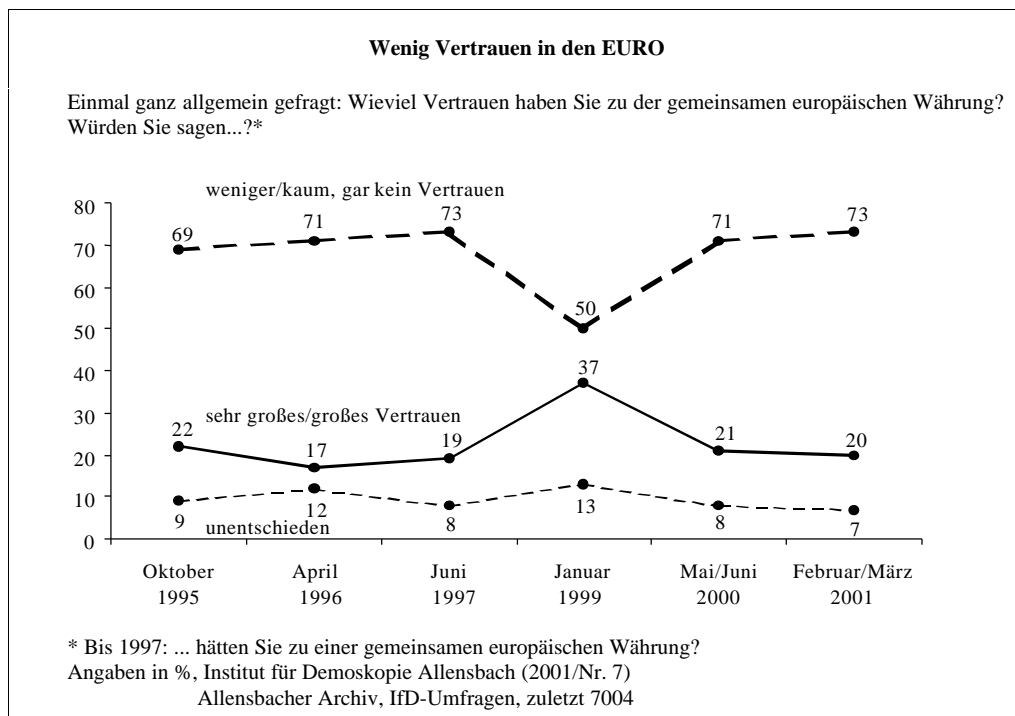
Merkmale der Nichtwähler und Unentschlossenen			
	Gesamt	Nichtwähler	Unentschlossene
Die Verhältnisse in Deutschland geben eher Anlass zur			
Zuversicht	41	21	28
Beunruhigung	53	74	65
Die wirtschaftliche Lage ist			
sehr gut/gut	52	30	41
weniger gut/schlecht	47	66	59
Zufriedenheit mit der Bundesregierung			
sehr/ziemlich zufrieden	40	70	32
weniger/gar nicht zufrieden	58	75	67
Zufriedenheit mit der CDU/CSU-Opposition			
sehr/ziemlich zufrieden	20	5	23
weniger/gar nicht zufrieden	75	84	68
Problemlösungskompetenz einer CDU/CSU-geführten Regierung			
könnte Probleme besser lösen	24	9	14
wäre nicht in der Lage, die Probleme besser zu lösen	58	70	48
könnte die Probleme genauso gut lösen	10	8	22
Alter			
18 – 24 Jahre	9	3	10
25 – 34 Jahre	18	30	17
35 – 44 Jahre	20	20	20
45 – 59 Jahre	24	25	22
60 Jahre und älter	29	22	31
Geschlecht			
Männlich	48	49	32
Weiblich	52	51	68
Beruf			
Arbeiter	20	31	30
Angestellter	57	51	44
Beamte	9	7	9
Rentner	27	21	26
Schulabschluss			
Volksschule	31	43	43
Mittlere Reife (POS)	32	30	32
Abitur	35	26	24
Gewerkschaftsmitglied			
Ja	17	16	13
Nein	82	83	86
Konfession			
Evangelisch	37	36	39
Katholisch	32	24	36
Sonstige	3	4	2
Keine	28	35	23
Ost	20	26	22
West	80	74	78

Angaben in %, Infratest dimap Deutschland Trend (März, April 2001)

Grundgesamtheit: Wahlbevölkerung in Deutschland

Vertrauen in den Euro sinkt seit 1999

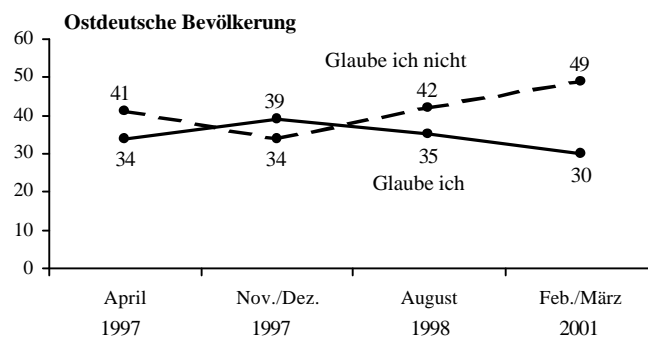
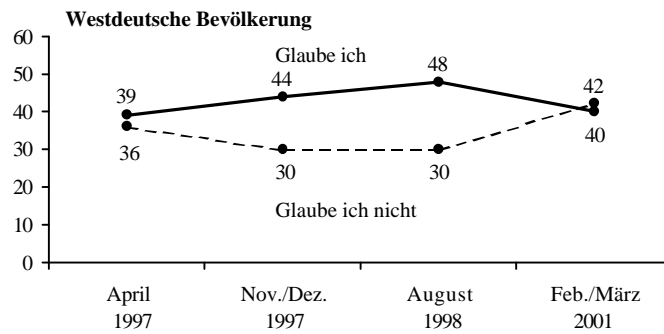
Das Vertrauen in den Euro ist nach wie vor niedrig. Nachdem 1999 die EURO-Skepsis zurückgegangen war, ist das Vertrauen 2001 wieder so gering wie vor der Einführung des EURO in den internationalen Devisenhandel. Nur eine Minderheit von 20 Prozent bringt dem EURO derzeit noch Vertrauen entgegen. 73 Prozent können der gemeinsamen europäischen Währung kein Vertrauen entgegenbringen. Dies entspricht etwa den Werten, die seit 1995 gemessen werden.



Bedenklicher als das geringe Vertrauen, gegen das der EURO schon immer anzukämpfen hatte, ist das gewachsene Misstrauen gegenüber dem längerfristigen Nutzen. Seit 1997 wurde dem EURO – zumindest in den alten Bundesländern – in einer längerfristigen Abwägung eher Nutzen zugeschrieben. Zum ersten Mal seit 1997 überwiegt im Westen die Skepsis. 40 Prozent sprechen der Einführung des EURO trotz eventueller kurzfristiger Umstellungsprobleme einen langfristigen Nutzen zu, der überwiegt. 42 Prozent verneinen dies. In den neuen Ländern war die Skepsis insgesamt weiter verbreitet. In den neuen Ländern ist der Anteil der Skeptiker von 1998 bis heute von 42 Prozent auf 49 Prozent angewachsen.

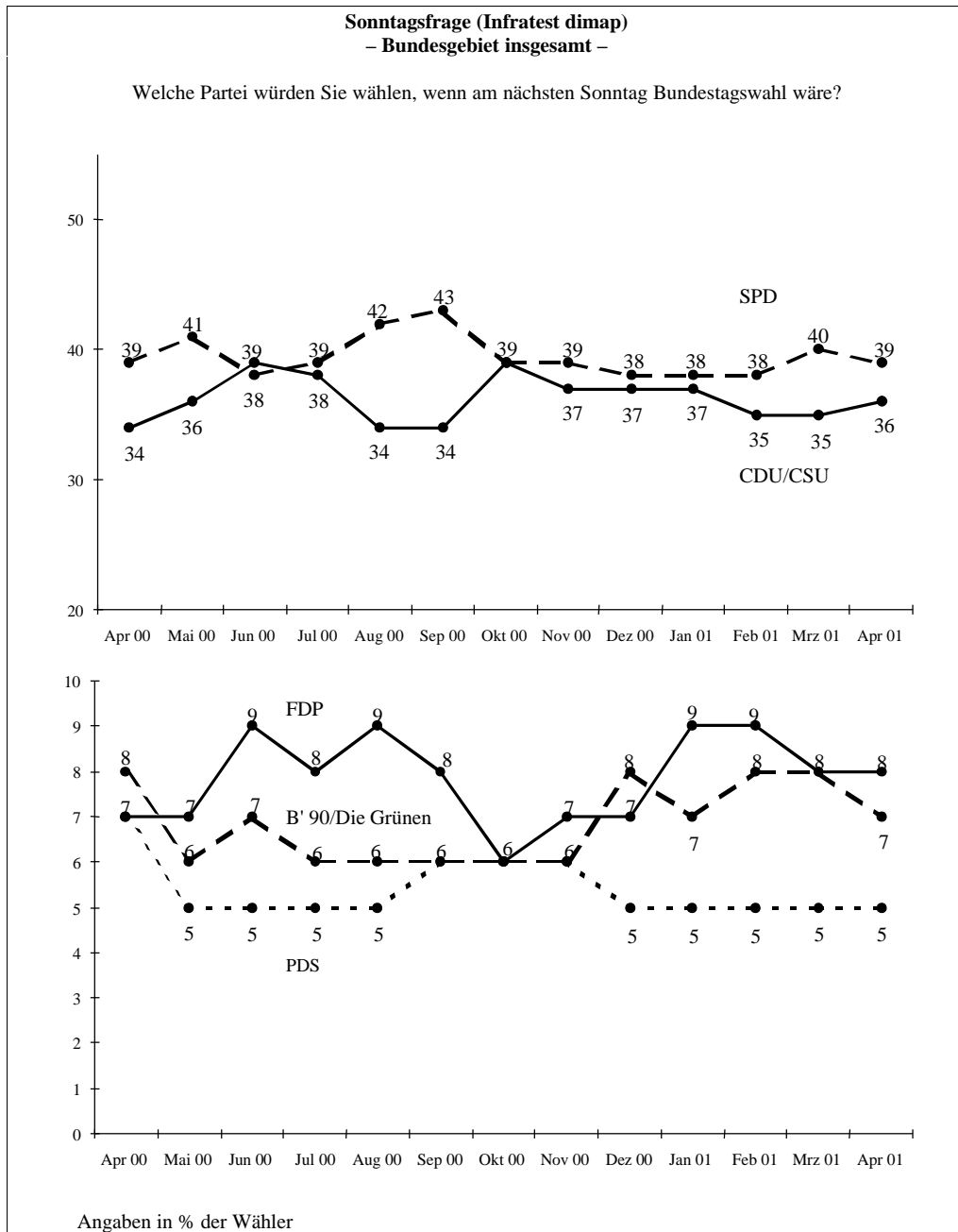
EURO: Überwiegt langfristig der Nutzen?

Kürzlich sagte uns jemand zum EURO: "Bei der Einführung des EURO wird es kurzfristig vielleicht viele Umstellungsprobleme geben, aber langfristig wird der Nutzen überwiegen." Glauben Sie das, oder glauben Sie das nicht?



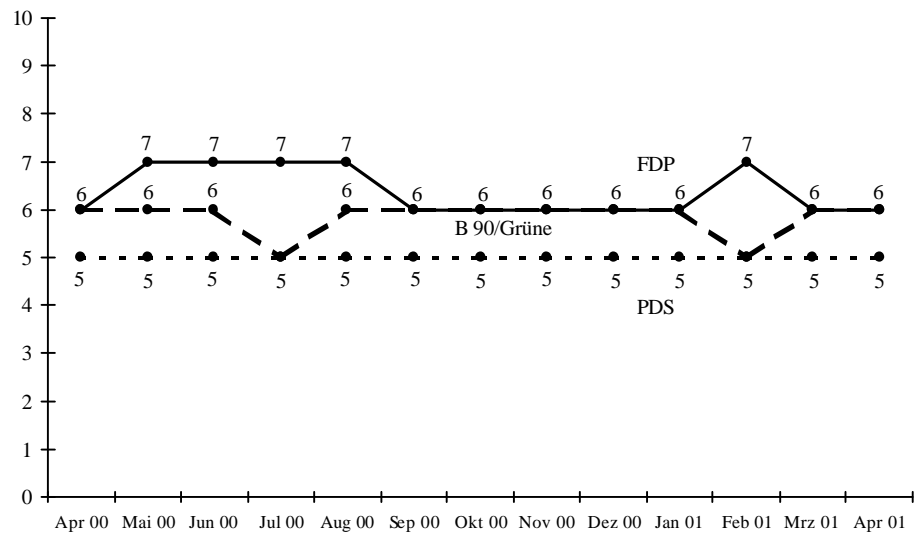
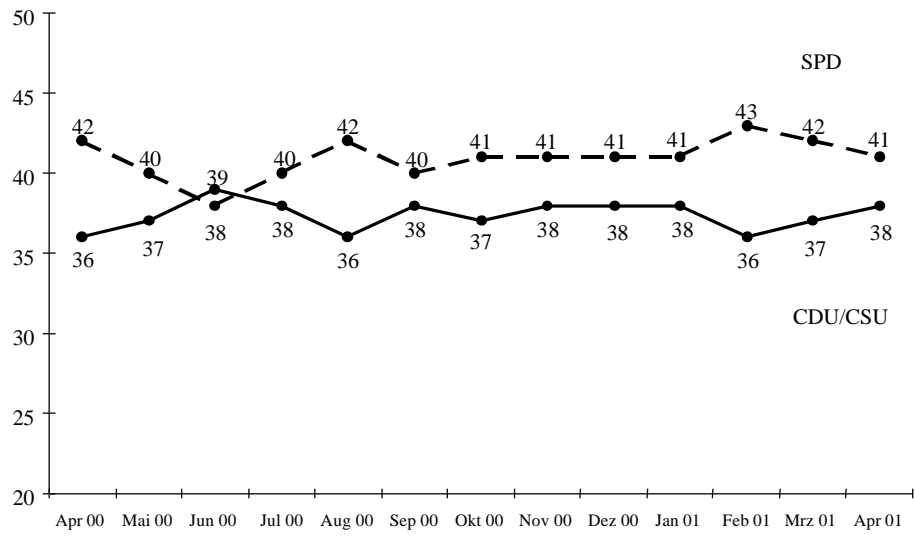
Angaben in %, Institut für Demoskopie Allensbach (2001/Nr. 7)
Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 7004

Anhang:
Zusammenschau langfristiger Trends



Sonntagsfrage (Forschungsgruppe Wahlen)
- Bundesgebiet insgesamt -

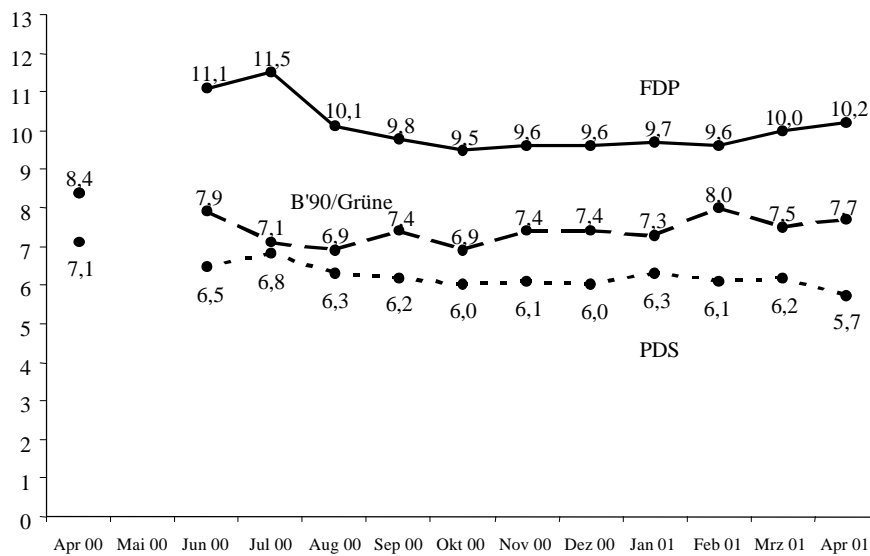
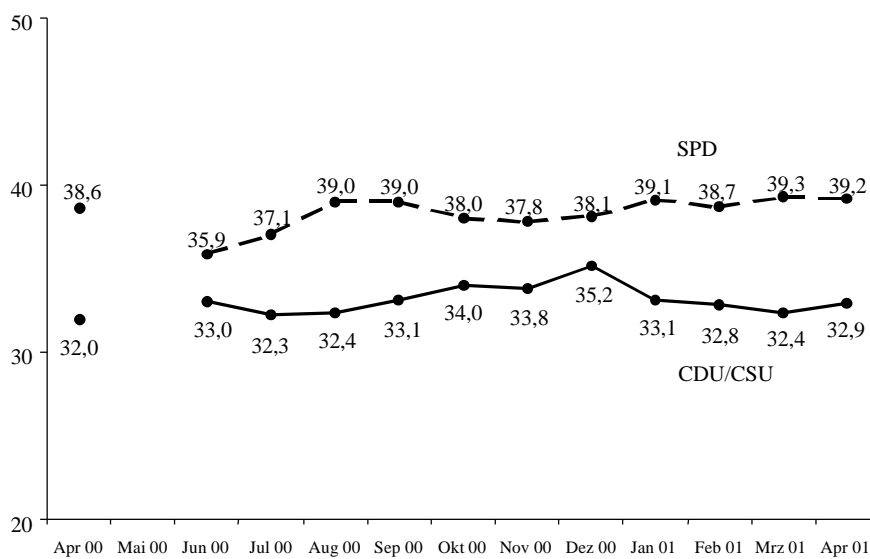
Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre...



Angaben in % der Wähler

Sonntagsfrage (Institut für Demoskopie Allensbach)
- Bundesgebiet insgesamt -

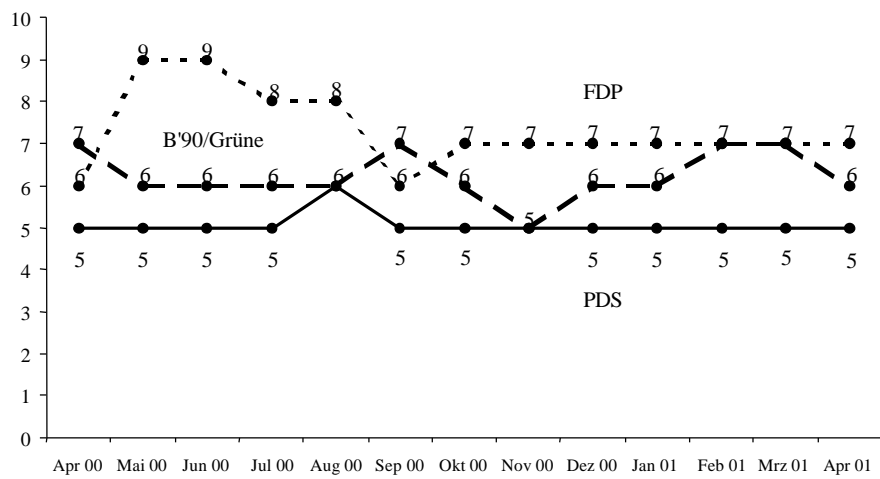
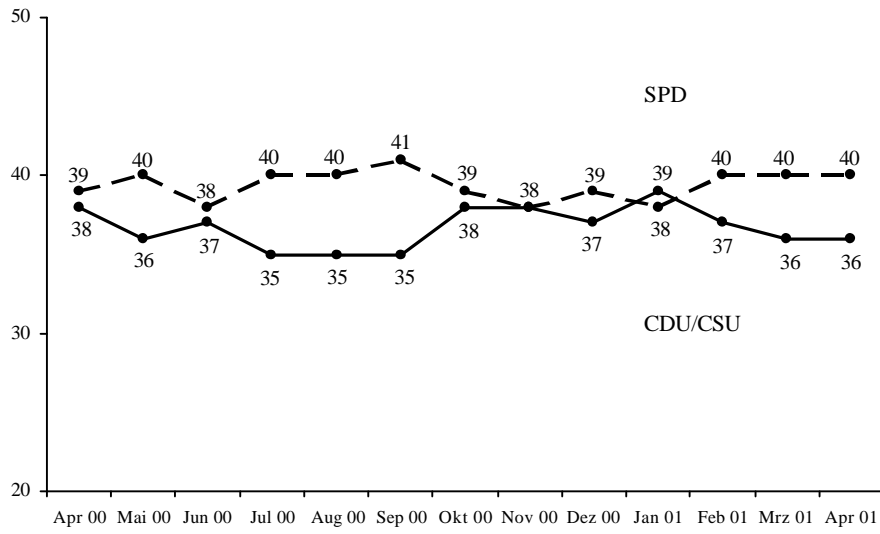
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?



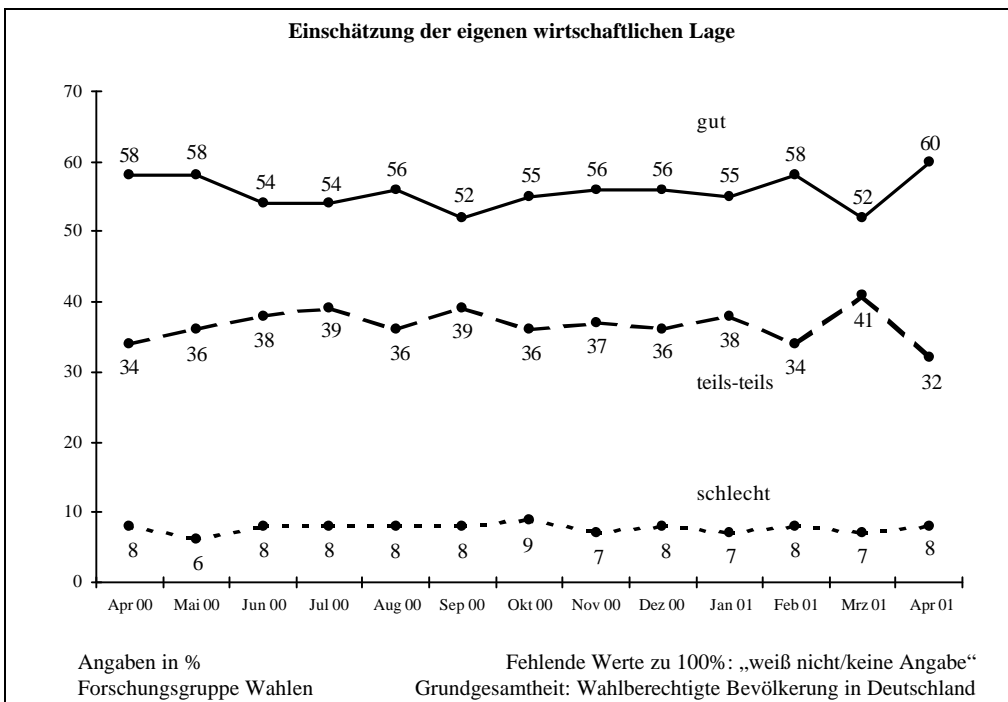
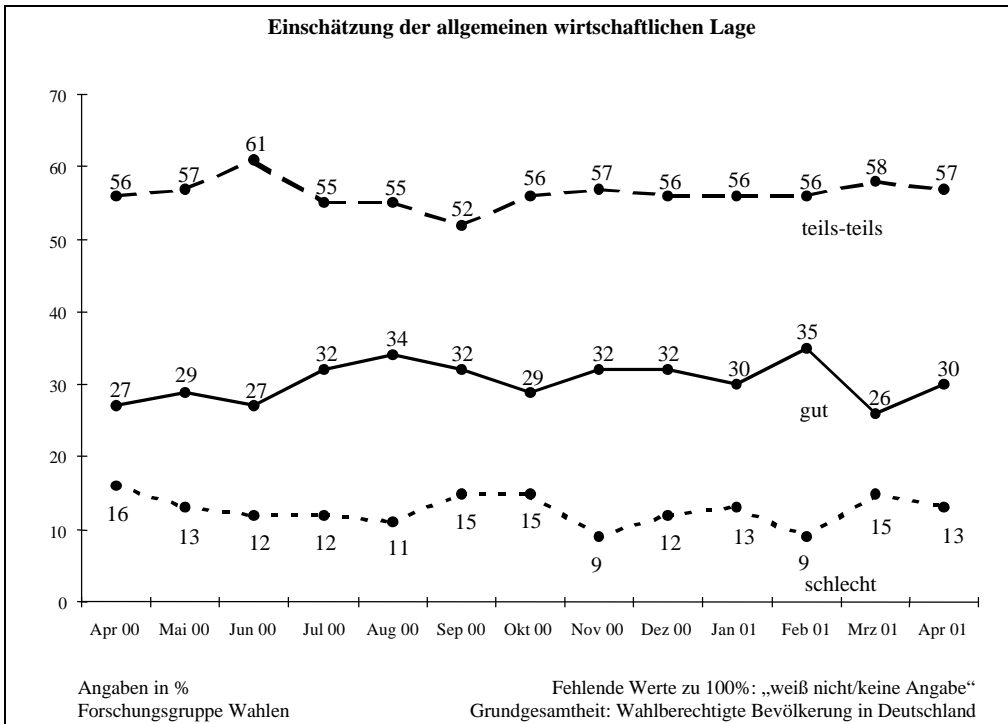
Angaben in % der Wähler

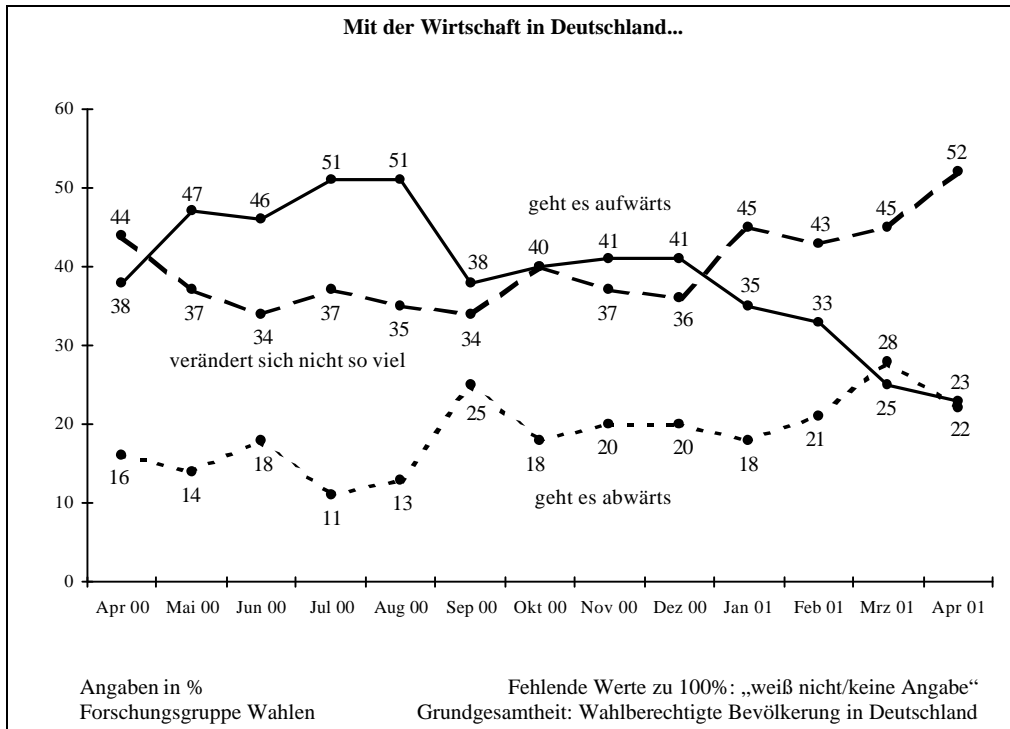
Sonntagsfrage (Emnid)
- Bundesgebiet insgesamt -

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären?



Angaben in % der Wähler





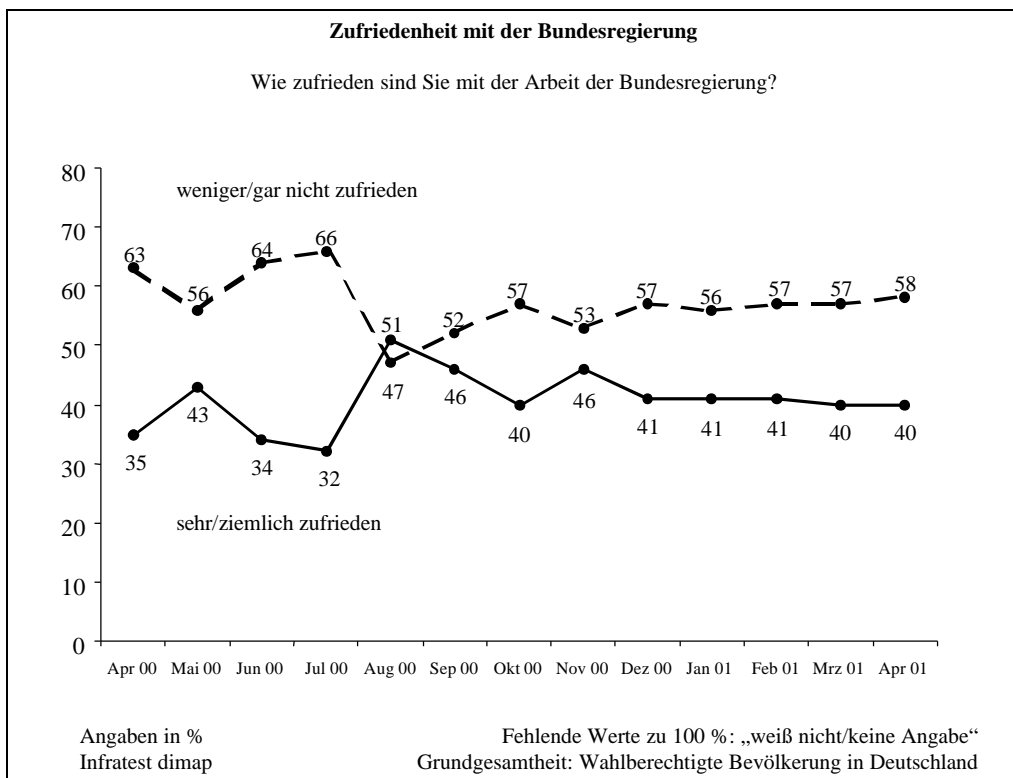
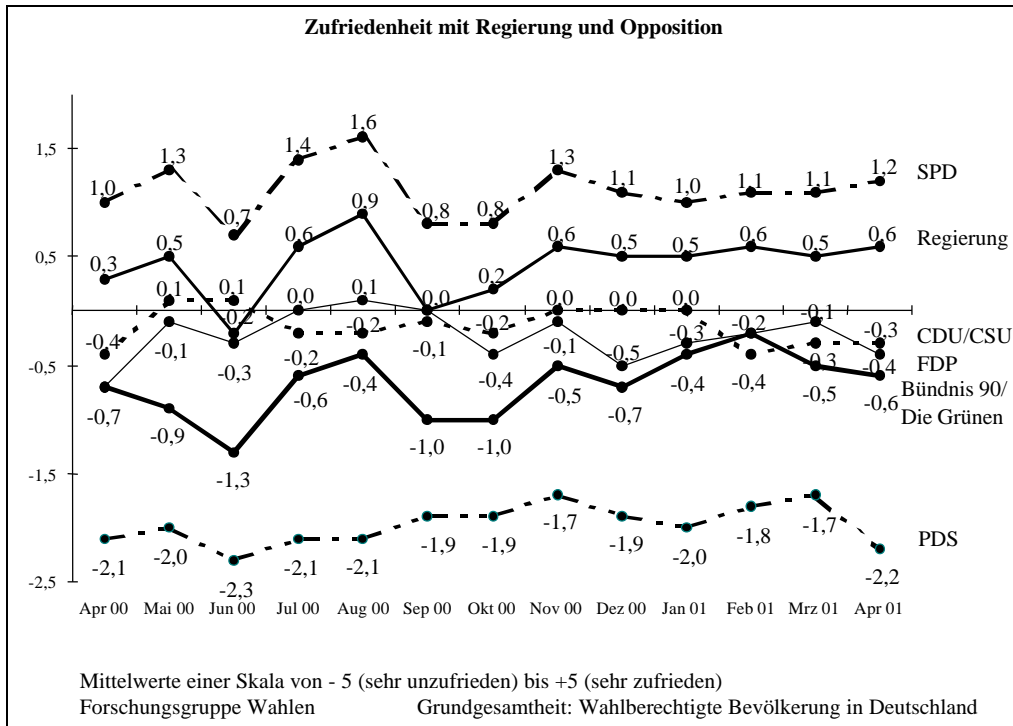
**Wichtigkeit politischer Probleme
(- spontane, offene Nennung -)**

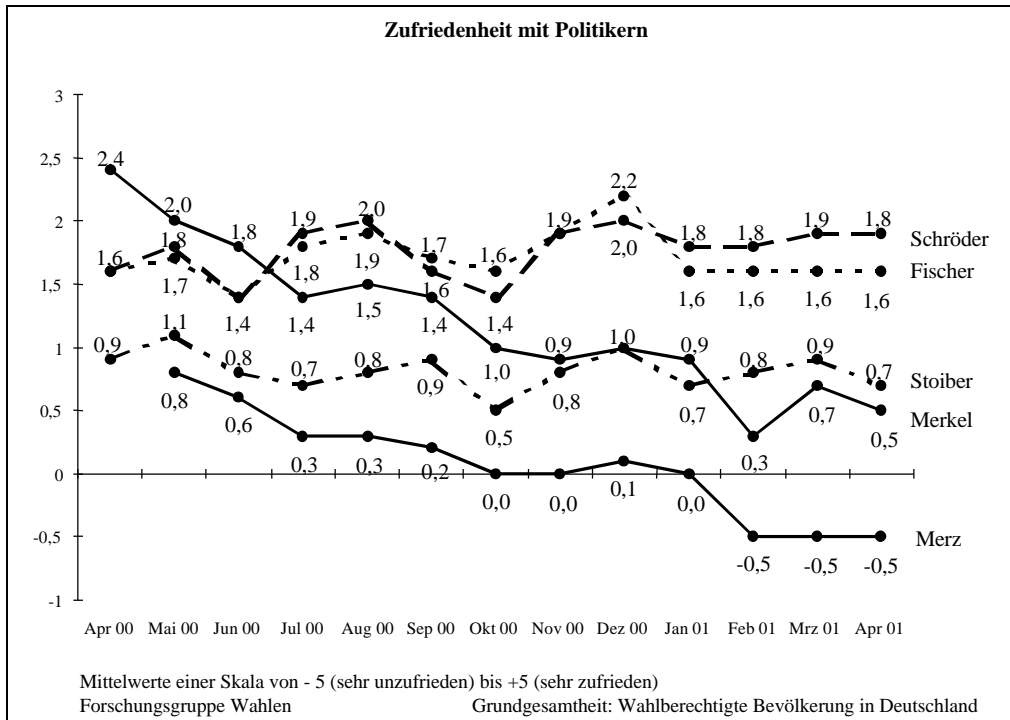
In welchen politischen Bereichen gibt es Ihrer Meinung nach zur Zeit die meisten politischen Probleme?

	Apr 00	Mai 00	Jun 00	Jul 00	Aug 00	Sep 00	Okt 00	Nov 00	Dez 00	Jan 01	Feb 01	Mrz 01	Apr 01
BSE/MKS/Lebensmittel									13	59	46	34	27
Arbeitslosigkeit	67	67	58	55	52	38	46	44	46	37	40	46	44
Rechtsradikale			2	5	35	13	23	24	22	12	11	11	12
Renten/Alter	9	7	17	21	14	12	11	19	14	12	13	8	12
Steuern/Benzinpreise/Energie	6	7	18	16	11	48	22	12	12	5	5	6	5
Asyl/Ausländer	12	13	13	11	10	8	14	15	13	7	5	8	9
Politiker-Affären/Spenden	21	10	6	11	7	6	6	7	6	8	11	7	7
Umweltschutz	6	8	10	4	6	4	5	5	4	4	5	5	11
Kriminalität	5	6	6	5	4	4	4	5	5	4	3	8	5
EU/EURO	1	4	4		2	5	6	5	6				
Gesundheitswesen	3	4							3	4			
Schule/Bildung	5	5	4	2	3								
Familie/Kinder/Jugend	4		3	4	4					3	3	3	6
Wirtschaftslage	4	4	4								2	3	

Angaben in %; Mehrfachnennungen möglich; Forschungsgruppe Wahlen

Parteikompetenzen im Längsschnitt					
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei in Deutschland Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen?					
		5/2000	8/2000	11/2000	2/2001
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	CDU/CSU	26	23	27	30
	SPD	45	51	46	42
	Diff.	-19	-28	-19	-12
Wirtschaftsstandort Deutschland sichern	CDU/CSU	41	35	39	40
	SPD	36	42	35	33
	Diff.	+5	-7	+4	+7
Gute Steuerpolitik betreiben	CDU/CSU	28	25	31	28
	SPD	42	45	35	38
	Diff.	-14	-20	-4	-10
Gute Umweltpolitik betreiben	CDU/CSU		14	17	
	SPD		22	22	
	Diff.		-8	-5	
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	CDU/CSU	20	19	22	18
	SPD	47	48	45	46
	Diff.	-27	-29	-23	-28
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen	CDU/CSU	39	41	43	37
	SPD	27	28	25	29
	Diff.	+12	+13	+18	+8
Altersversorgung langfristig sichern	CDU/CSU		29	30	30
	SPD		37	33	33
	Diff.		-8	-3	-3
Gute Ausländer- und Asylpolitik betreiben	CDU/CSU	28	25	27	
	SPD	34	37	35	
	Diff.	-6	-12	-8	
Eine verlässliche Außenpolitik betreiben	CDU/CSU	35	29	33	30
	SPD	36	39	37	35
	Diff.	-1	-10	-4	-3
Zukunftsprobleme Deutschlands lösen	CDU/CSU	28	25	29	28
	SPD	34	38	31	31
	Diff.	-6	-13	-2	-3
Gute Gesundheitspolitik betreiben*	CDU/CSU	25			24
	SPD	36			31
	Diff.	-11			-7
Verbraucherschutz vorantreiben	CDU/CSU				15
	SPD				29
	Diff.				-14
* (Gesundheitspolitik: 2/2000) Angaben in %; Infratest dimap					

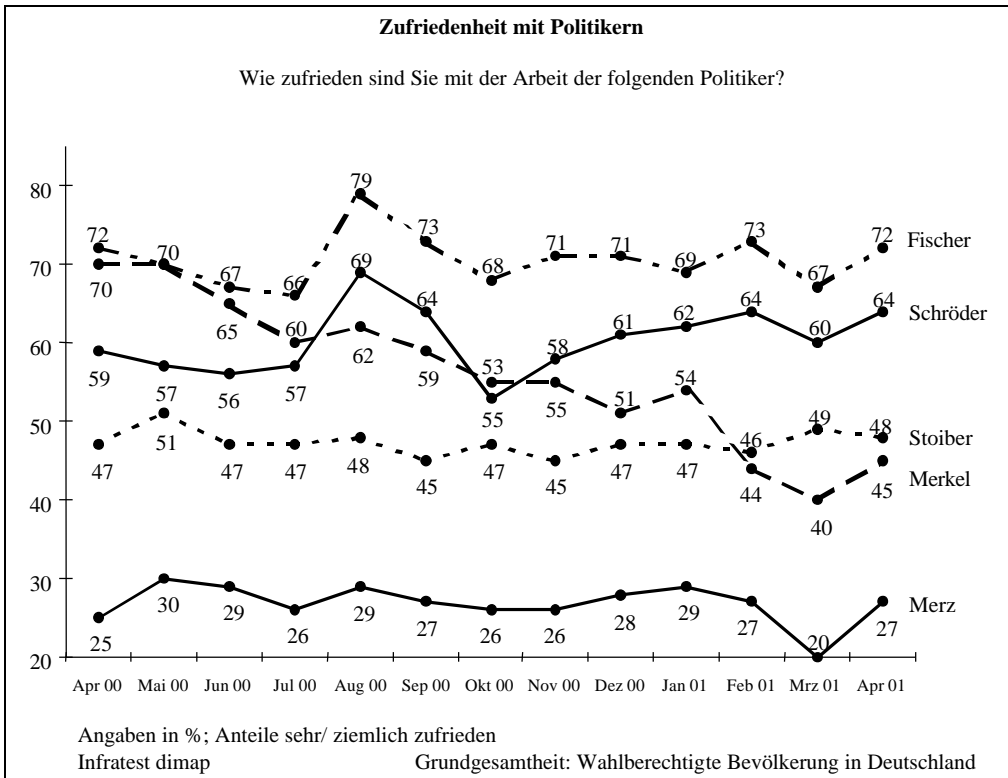




Zufriedenheit mit Politikern

	Merkel	Merz	Stoiber	Schröder	Eichel	Riester	Scharping	Fischer	Trittin	Möller	Westerwelle	Künast
Jan 00	0,9		0,7	1,7	1,2		1,0	2,0				
Feb 00	1,1		0,6	1,4	0,9		0,8	1,7				
Mrz 00	1,7		0,9	1,6	1,1		0,8	1,6				
Apr 00	2,4		0,9	1,6	1,0		0,7	1,6				
Mai 00	2,0	0,8	1,1	1,8	1,3		0,9	1,7				
Jun 00	1,8	0,6	0,8	1,4	0,8		0,7	1,4				
Jul 00	1,4	0,3	0,7	1,9	1,2		0,7	1,8	-0,8	-0,1		
Aug 00	1,5	0,3	0,8	2,0	1,7		0,8	1,9	-0,6	-0,1		
Sep 00	1,4	0,2	0,9	1,6	1,0		0,5	1,7	-1,1	-0,1		
Okt 00	1,0	0,0	0,5	1,4	0,9	0,0	0,4	1,6	-1,0	-0,5		
Nov 00	0,9	0,0	0,8	1,9	1,2	0,4	0,8	1,9	-0,5	-0,1		
Dez 00	1,0	0,1	1,0	2,0	1,1	0,3	0,6	2,2	-0,6	-0,4		
Jan 01	0,9	0,0	0,7	1,8	0,9	0,1	0,4	1,6			0,3	0,3
Feb 01	0,3	-0,5	0,8	1,8	1,1	0,2	0,2	1,6			0,4	1,3
Mrz 01	0,7	-0,5	0,9	1,9	1,0	0,2	0,1	1,6			0,4	1,6
Apr 01	0,5	-0,5	0,7	1,9	1,2		0,3	1,6	-1,3		0,2	1,5

Mittelwerte einer Skala von - 5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden)
 Forschungsgruppe Wahlen Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland



Zufriedenheit mit Politikern

	Merkel	Merz	Stoiber	Trittin	Schröder	Eichel	Riester	Fischer	Westerwelle	Künast	Zimmer	Meyer
Jan 00	44		44		52	50		71				
Feb 00	56		48		58	53		77				
Mrz 00	62	25	44		59	46		68				
Apr 00	70	25	47	26	59	45		72				
Mai 00	70	30	51		57	50		70				
Jun 00	65	29	47		56	43		67				
Jul 00	60	26	47	22	57	45		66				
Aug 00	62	29	48		69	57		79		20		
Sep 00	59	27	45		64	59		73				
Okt 00	55	26	47		53	45	30	68				
Nov 00	55	26	45		58	47	30	71				8
Dez 00	51	28	47		61	48	31	71				9
Jan 01	54	29	47		62	47	32	69	42			9
Feb 01	44	27	46		64	50	34	73	40			10
Mrz 01	40	20	49	30	60	45	30	67	35	50		8
Apr 01	45	27	48	21	64	52		72	40	58		8

Angaben in %; Anteile sehr/ziemlich zufrieden
 Infratest dimap Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland